

Betracht kommende Möglichkeit, sondern erklären nur, daß die Voraussetzungen für ein außen- und innenpolitisches Zusammenwirken mit den Deutschnationalen noch nicht endgültig geklärt seien.

In andern völksparteilichen Kommentaren wird betont, die Volkspartei habe Marx gesagt, bevor sie die Frage beantwortet könne, ob sie eine Regierung der Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten mitmachen wolle, müsse sie zuerst einmal wissen, von welchen Bedingungen die Sozialdemokratie diese Unterstützung abhängig mache. Wenn darauf die Sozialdemokratie erwiderte: „Macht ihr erst mal Regierung und Programm, dann werden wir auch unsere Meinung sagen“, so lehne es die Volkspartei ab, sich den Sozialdemokraten auf Gnade und Ungnade zu ergeben.

In der Tat war es eine Erschwerung der Situation, daß die Sozialdemokraten nicht mit der Sprache herausrückten. Andererseits ist aber dazu zu sagen, daß ja die Sozialdemokratie nicht in die Regierung eintreten sollte, daß sie also wohl berechtigt war, zunächst einmal abzuwarten, wie das Programm der Regierung ausfallen würde. Dieses aber war natürlich nicht auszuwarten, solange sich die Deutsche Volkspartei den Bemühungen von Marx gegenüber ablehnend verhielt. Nicht ohne Grund haben wir wiederholt betont, daß am Anfang der Versuche, die Krise zu lösen, der ehrliche Versuch einer Einigung zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei stehen müsse. Zu diesem Versuch aber hat es die Volkspartei gänzlich kommen lassen, weil sie eben die Kombination nach rechts hin durchdrücken wollte. Unter diesen Umständen konnte Marx natürlich nicht zu irgendeinem positiven Ergebnis im Sinne seiner Absichten kommen. Denn um eine Mehrheit mit der linken zu bilden, bedarf es der Unterstützung der Deutschen Volkspartei genau so, wie das Zentrum nicht entbehrt werden kann, wenn mit deutschnationaler Unterstützung regiert werden soll.

Wie die Dinge liegen, ist infolge der renitenten Haltung der Deutschen Volkspartei und der Erklärung des Grafen Westarp an Marx, daß die Deutschnationalen keine Regierung der Mitte dulden würden, nur ein Kabinett möglich, in dem auch die Deutschnationalen irgendwie vertreten sind. Es sei daran erinnert, daß die dem Abg. v. Gumbert übergebenen Aufzeichnungen des Volksparteilers Dr. Curtius über die ihm von Graf Westarp abgegebenen Erklärungen ein erhebliches Entgegenkommen der Deutschnationalen in den wichtigsten Fragen der Innen- und Außenpolitik darstellten. An diese Erklärungen, deren Wert durch die Rede Westarps vor den deutschnationalen Angehörigen wieder zweifelhaft geworden ist, dürfte jetzt wohl erneut angeknüpft werden, wenn das Zentrum sich an der Regierung beteiligen wird. Wenn es sich aber beteiligt, so ist die führende Beteiligung einer nachgeordneten selbstverständlich vorzuziehen. Und es ist auch etwas anderes, ob an der Spitze dieser neuen Regierung ein Mann vom Zentrum wie Marx steht, oder ein rechtsstehender Volksparteiler wie Dr. Curtius neben der selbstverständlichen bleibenden völksparteilichen Außenminister Dr. Stresemann.

Keine Beteiligung der Demokraten.

V. Berlin, 20. Januar.

Die demokratische Reichstagsfraktion sah in ihrer heutigen Sitzung einen Beschluß, in dem das Bedauern darüber ausgesprochen wird, daß auf Grund des gestrigen Beschlusses der Deutschen Volkspartei die Verhandlungen über die Errichtung eines Kabinetts der Mitte abgebrochen sind.

In der Fraktion ist man der Auffassung, daß Dr. Marx die Möglichkeiten, eine Regierung der Mitte herbeizuführen, nicht erschöpft und seine Bemühungen vorzeitig abgebrochen habe. Schuld daran sei der letzte Beschluß der Deutschen Volkspartei, der sich für eine Reichsregierung aussprach. Dr. Marx habe mit den anderen Parteien der Mitte weder über ein Regierungsprogramm noch über Personenfragen verhandelt. (Dieser Vorwurf gegen Marx ist ohne Zweifel unberechtigt. Es hatte gar keinen Sinn mit den Demokraten und der Bayerischen Volkspartei, den beiden kleinen parlamentarischen Gruppen, die hier nur gemeint sein können, Verhandlungen über ein Regierungsprogramm zu führen, so lange kein Klarheit bestand, wie es mit dem Verhalten der Deutschen Volkspartei stehe. Nachdem aber Marx diese Klarheit erhalten hatte, war es für ihn, da die Entscheidung der völksparteilichen Fraktion auf Ablehnung lautete, das einzig Vernünftige, keine weiteren Verhandlungen mehr zu führen, weil ja doch aus ihnen kein Ergebnis mehr zu erwarten war; sondern dem Reichspräsidenten zu melden, daß die Bildung einer Regierung der Mitte sowohl mit Zustimmung nach links wie nach rechts nicht möglich sei. Daß Marx unter solchen Umständen, die nicht einmal eine sachliche Einigung zuließen, noch lang und breit über Personenfragen verhandeln sollte, ist geradezu absurd. Die Redaktion.)

Aus Kreisen der demokratischen Reichstagsfraktion hört das D. V. B. weiter, daß kein Zweifel darüber bestehen könne, daß die demokratische Partei der geplanten bürgerlichen Mehrheitsregierung nicht beitreten werde. Es handele sich um eine Regierung, die nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet sei (?). Wenn die demokratische Partei sich beteiligen sollte, so müsse sie von den Deutschnationalen Garantien namentlich auf dem Gebiete der Außenpolitik und gegenüber den Versuchen im monarchischen Sinne, die von den deutschnationalen Führern ständig getan werden, fordern. (Ohne solche Garantien wird auch das Zentrum natürlich nicht daran denken, mit den Deutschnationalen zusammen in die Regierung zu gehen. Soll diese zustande kommen, so ist es selbstverständlich, daß zuvor eine Fühlungnahme zwischen dem Zentrum und den Deutschnationalen stattfinden, um festzustellen, inwieweit die Deutschnationalen bereit sind, den vom Zentrumstraktionsvorstand aufgestellten und von der Fraktion gebilligten Richtlinien zu entsprechen. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es dann abhängen, ob das Zentrum unter Führung des Reichskanzlers Dr. Marx die vom Reichspräsidenten angestrebte Kabinettsbildung übernehmen wird. Die Red.) In der Erklärung von demokratischer Seite wird weiter gesagt, es bestehe kein Zweifel, daß die demokratische Fraktion sich an der neuen Regierung nicht beteiligen werde, sondern ihr gegenüber in Opposition treten werde. Be-

Briand über das Verhältnis Frankreichs zu Deutschland.

Eine sehr diplomatische Rede.

A. Paris, 19. Jan.

Ueber die heutige Sitzung des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten berichtet das folgende Mitteilungsblatt:

Der größte Teil des Berichtes von Briand war der französisch-deutschen Politik gewidmet. Vor allem legte Briand Wert darauf, festzustellen, daß völksparteiliche Einigkeit der Regierung in allen Fragen der Außenpolitik bestehe, ob es sich nun um Deutschland, Italien, Spanien oder China handle. Alle diese Probleme seien von ihm dem Ministerat dargelegt worden und im vollen Einverständnis mit seinen Kollegen seien die Handlungen vorgenommen und ebenso die Beschlüsse gefaßt worden. Man müsse auf das Vergrüßen verzichten, ein Blatt aus der Artifische zu reißen, man müsse vielmehr die Krisis so nehmen, wie sie da liege. Außenminister Briand erinnerte alsdann an die Bedingungen, unter denen die Regierung die Annäherungspolitik an Deutschland durch den Abschluß der Abkommen von Locarno eingeleitet habe. Zwischenfälle, wie die, die sich in der besetzten Zone ereignet hätten, so bedauerlich sie seien, hätten Frankreich nicht hindern, sein hervorragendes Friedensvertrauen fortzusetzen. Die Regierung wolle die Richtung ihrer auswärtigen Politik nicht unterbrechen und werde entschlossen daran festhalten, in der sehr festen Hoffnung, daß ihr ein entsprechender Wille Deutschlands ihre Aufgabe erleichtern werde. Den Pressefeldzug, der den Außenminister so hingestreckt hätte, als habe er im Prinzip

die vorzeitige Räumung des Rheinlandes ohne Gegenleistung angenommen, bezeichnete Briand als abstoßend. In dieser Hinsicht habe er sich vollkommen freie Hand gelassen. Jedenfalls bestimme Deutschland auf Grund des Vertrages von Versailles das Recht, die von der vorzeitigen Räumung zu stellen, wenn und der Sicherheit nachkommen sei. An dem Tage, an dem Deutschland einen derartigen Antrag stellen werde, würde er vom Ministerat geprüft werden. Dieser habe darüber zu entscheiden, ob die Garantien gegeben wie der Sicherheit als Gegenleistung für die vorzeitige Aufgabe des Besatzungsrechtes, das Frankreich aus dem Versailler Vertrag erhielt, angeboten werden. Es werde also die ganze Regierung mit dem Problem befaßt werden und eine Entscheidung getroffen haben. Auf seinen Fall würde der Ministerat und das Parlament vor eine vollendete Tatsache

gestellt werden. Zur Frage der Entwaffnung. Eine der wichtigsten Forderungen des Sicherheitsprogramms sei, machte Briand einige genauere Angaben über die zwischen der Völkspartei, dem Zentrum und der demokratischen Fraktion, dem General v. Pawelz geführten Verhandlungen. Bezüglich der Verhandlungen an der deutschen Grenze erinnerte Briand daran, daß die Angelegenheit ihren Lauf nehmen, und man gegenwärtig neue deutsche Vorschläge erwarte, und daß man die Hoffnung nicht aufgeben dürfe, daß ein Abkommen vor dem 1. Februar zustande kommen könne, dem Zeitpunkt, an dem der Völkspartei und dem Zentrum automatisch mit der Frage befaßt werden würde, wenn bis dahin kein Abkommen zustande gekommen sei. Briand wies im weiteren Verlauf seiner Ausführungen auf die Beziehungen zwischen Frankreich und Italien hin, ferner auf die bevorstehenden Zangenverhandlungen mit Spanien und weiter auf die Ereignisse in China.

Nach dem Bericht Briands brachte der Vorsitzende des Kammerausschusses für auswärtige Angelegenheiten, der Abgeordnete Franklin-Bouillon, einige Vorbehalte wegen der Annäherungspolitik vor, die nach seiner Ansicht eine Grenze haben müsse.

Briand antwortete mit Entschiedenheit, daß das Parlament berufen sein würde, über die Politik der Regierung zu beraten, und daß er kein zweideutiges Vertrauen annehmen würde. Er für seine Teil bleibe bei seinem Glauben, daß der Frieden nicht improvisiert werden könne, daß er sich ergebe, aus einer Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens zwischen den Völkern, und daß die Annäherungspolitik gerade zum Ziele habe, die Atmosphäre des Mißtrauens, der Verdächtigungen und der Verunsicherung, die sich aus den Bedingungen der Nachkriegszeit ergeben, zu beseitigen. Auf eine Frage wegen der Rheinandräumung eingehen, erklärte Briand, daß die Frage in der Tat in Thoiry aufgeworfen worden sei, daß aber weder damals, noch seitdem irgendeine Verpflichtung eingele-

gänglich der Stellung der bisherigen demokratischen Minister wurde erklärt, daß man sich auf Falschheiten nicht einlassen könne. Gegenüber verschiedenen Gerüchten könne festgestellt werden, daß nicht der geringste Anlaß vorliege, zu glauben, daß der Finanzminister Dr. Reinhold keine Parteibüchse haben werde. Bezüglich Dr. Geyers werde die Partei keinen Zweifel daran lassen, daß er in keiner Weise ihr Vertrauensmann sei, und daß die politischen Beziehungen zwischen Dr. Geyser und der Partei nicht aufrecht erhalten bleiben könnten, wenn er in diese Regierung eintreten sollte.

Der Fall Siebens.

Preussischer Landtag.

• Berlin, 20. Januar.

Ein Antrag Tendroch (R.), die der ober-schlesischen Eisenindustrie zu gewährenden Staats-schulden lieber den Gemeinden zur Verfügung zu stellen, geht an den Hauptauschuß.

Abg. Bartels (F.) beantragte die sofortige Beratung des kommunikativen Urtrages, durch einen Gesetzentwurf solle das Staatsministerium die Ansprache der Staatsbesitzer und der Bergregale entschädigungslos enteignet und auch unter Aufhebung des Hohenzollernvergleichs die Hohenzollern nach diesem Gesetzentwurf behandeln. Da die Deutschnationalen Widerspruch gegen die sofortige Beratung dieses Urtrages erheben, ist er zunächst erledigt. (Großer Arm bei den Kommunisten und Aufseherhaus.)

Annahme in zweiter Beratung finden dann mit großer Mehrheit die Beschlüsse des Ausschusses für das Reichswesen, die auf eine Ermäßigung der Gerichts-schöpfen abzielen und das Staatsministerium ersuchen, mit den Eisenregierungen zwecks Vereinfachung der Geschäftsverläufe zu verhandeln.

Abg. v. Gumbert (Dem.) beantragte einen demokratischen Urtrag, der Eingriffe in die Reichs-regierung dahin veranlaßt, daß abgesehen von Bran-der für alle andere Gerichte und für sämtliche Justiz-mittel Vollfreiheit eingeführt wird.

gangen worden sei. An den Deutschen sei es, Vorschläge zu machen, da sie die Forderungen seien, aber bisher sei gegangen. Was

die Enthaltungen der Interalliierten Kontrollkommission über die Festungen an der deutschen Ost-grenze betreffe, so lägen diese Festungsanlagen vor der Politik von Locarno. Seitdem sei durch die Annäherungspolitik eine Entspannung eingetreten, und diese habe der Kontrollkommission ermöglicht, mit großer Leichtigkeit bei ihren Untersuchungen vorgehen, und die früher auf Schwierigkeiten gestoßen seien. Nichtsdestoweniger bleibe bestehen, daß das Investitions-schisma, das unter der Regie des Völkspartei gebildet worden sei, durch seinen ständigen Charakter mehr Garantien bieten werde.

Der effiziente Abgeordnete Frey bemerkte, daß die Politik von Locarno die deutsche Propaganda nicht verhindert habe, in Elsaß und Lothringen sich auszuwirken. Briand antwortete, diese Politik sei nicht unwirksam gewesen, da heute durch die ständige Annäherung Deutschlands mit Frankreich und durch die Garantie Englands die Sicherheit der wiedergewonnenen Provinzen sehr erhöht worden sei.

Nach Schluß der Beratungen wiederholte Briand in den Handlungen der Kammer vor den Journalisten, daß die Frage der Rheinandräumung nicht gestellt worden sei und nicht ohne Sicherheit und Reparationsgarantien gestellt werden könne. Ohne Zweifel hätten er und Stresemann die verschiedenen Probleme zwischen Frankreich und Deutschland in Thoiry geprüft. Es sei das Recht Stresemanns gewesen, das Problem der Rheinandräumung aufzuwerfen, wie es das Recht des französischen Außen-ministers gewesen sei, Stresemann in die Be-dingungen des Versailler Vertrags zu erinnern und zu erklären, daß eine derartige Vorlegung nicht ohne Gegenleistungen bezüglich der Reparationen gestellt werden könne. Stresemann habe erklärt, daß er dieses Problem prüfen werde, aber er habe noch keinen bestimmten Vorschlag gemacht. Eine Kampagne, so erklärte Briand zum Schluß, werde in dessen in Frankreich geführt, um ihn, Briand, den Minister, zu beschuldigen, daß er die Türe von Notre Dame und sonst noch etwas ver-laufte habe. Ich bin vielleicht ein wenig naiv, er-läutere Briand, aber nicht in diesem Grade.

Nach dem „Matin“ hat Briand gestern im Kammer-ausschuß für auswärtige Angelegenheiten in Beantwortung von Fragen rechtsstehender Abgeordneter u. a. noch erklärt:

Es ist sehr leicht möglich, daß die, die sich als be-sonders widerpenflich zeigen, morgen die wärmsten Anhänger der Politik sein werden, die ich betreibe. Das Wesentlichste ist, daß Frankreich nicht das Opfer innerpolitischer Kombinationen wird und daß es entschlossen eine friedliche Haltung zeigt. Ich habe erklärt und ich werde bei jeder Gelegenheit wiederholen, daß die Regierung der nationalen Einigung solidarisch und einmütig ist. Ich lasse mich nicht von ihr trennen. Ich bin in meinem Augenblick uneinig mit ihr gewesen. Ein Abgeordneter rief: „Nicht in Genuß?“ Briand antwortete: „Selbst nicht in Genuß!“ Die Ergebnisse unserer Verhandlungen sind von der ge-lanten Regierung gebilligt worden. Ich kann Ihnen sagen, daß das Gleichgewichtswort, das ich erhalten habe, von allen Ministern unterzeichnet war und was das Recht, die Politik von Locarno eine andere entgegenzusetzen? Niemand! Dann aber hat man nicht das Recht, wenn man nicht ein Verbrechen be-gangen will — das Verbrechen dieses Landes zu ge-schören. Es gibt heute 100 Kilometer gesicherten Gebiets zwischen Frankreich und Deutschland, um unsere Sicher-heit zu gewährleisten.

Nach dem „Petit Journal“ vertritt der effiziente Abgeordnete Oberlich im Anschluß an die Er-läuterungen des Abgeordneten Frey den Standpunkt, daß die Befestigungsarbeiten eigentlich noch nicht zu laufen begonnen hätten.

und erklärte sich als Anhänger der verlängerten Aufrechterhaltung der französischen Be-festigung des linken Rheinufers mit der Be-hauptung, daß Deutschland, wenn Frankreich aus dem Rheinlande ausgetrieben sei, freies Hand gegen-über Polen hätte. Briand habe daraufhin erklärt: Europa bestehe nicht aus Frankreich und Deutsch-land. Eine Isolierungspolitik ist unmöglich. Das Schlimmste aber wäre alternativ eine Po-litik der Ausgrenzung und eine des Zwanges zu betreiben, und wenn die Befestigung von einem An-griff auf Polen genügen soll, Mißtrauen gegen Deutschland zu rechtfertigen, dann müsse man, wenn man logisch sein will, bis zum Jahre 2000 im Rheinland bleiben. Eine derartige Politik wäre aber geeignet, den Frieden in Gefahr zu bringen.

In der Besprechung wendet sich Abg. Jakobus-Maffai (Z.) dagegen, daß durch eine bedingungslose Aufhebung der Zölle, mittelst der die Wirtschaftskammer der Mil-lionen gewonnenen zugestanden werden. Durch eine bedingungslose Aufhebung der Zölle würden auch die zahlreichen Klein- und Mittelbauern geschädigt, die Kartoffeln anbauen. (Sehr wahr! bei den Deutsch-nationalen.)

Abg. Schulze-Stapen (D. V.) verweist darauf, daß bis 1925 trotz Zollfreiheit der Futtermittel die Vieh-zucht in Deutschland nicht gefördert wurde.

Abg. Bießer (Wittich, W.) betonte, man dürfe die Zollmauern nicht einfach umreißen.

In der Abstimmung wird der erste Teil des demo-kratischen Urtrages, der die Verlängerung der Schutz-frist zu dem ermäßigten Zollfuß um 2 Mt. über den 31. Dezember 1926 hinaussetzt, mit großer Mehrheit gegen die Deutschnationalen angenommen.

Bei der Abstimmung über den zweiten Teil des Urtrages, der für sämtliche Futtermittel Zollfreiheit einführen will, ist die Zustimmung des Hauses notwendig, sie ergibt die Ablehnung dieser Bestimmung, für die nur die Demokraten, So-zialdemokraten und Kommunisten gestimmt haben.

Das Haus geht über zur Beratung des Urtrages Dr. v. Campe (D. V.), betreffend den wegen Wahlprüfung rechtskräftig verurteilten Lehrer Siebens in Tannhausen im Kreis Würzburg. In der Anfrage wird herabgehoben, daß eine Entscheidung über das eingeleitete Gnadengehalt herbeigeführt wurde, der Kultusminister Siebens bereits mit der Verwaltung einer Lehrerstelle in Harburg beauftragt habe. Das Staatsministerium wird ersucht, wieder die volle Begnadigung eintreten zu lassen, nach Siebens im Schuldienst als Lehrer weiter zu beschäftigen.

Abg. Stendel (D. V.) begründet den Antrag. Die Hauptsache sei nicht das Urteil, sondern die Verurteilung in seinem Charakter gekennzeichneten Man-nes noch vor seiner Begnadigung durch das Kultus-ministerium in ein neues Schulamt. Es sei nicht wahr, daß daselbst der Verurteilte in der Verwaltung der Verurteilung geringer bestraft habe. Man werde im Anschluß sehr eingehend die Grundlagen für das Vorgehen des Kultusministeriums zu prüfen haben. Man müsse fragen, wie der Kultusminister aus

eigener Machtvollkommenheit, ohne den Minister zu fragen, Siebens wieder ins Schulamt aufgenommen hat. (Lebhafte Zurufe.)

Ministerialdirektor Kaefer vom Kultusmini-sterium erklärt, der Staatsrat habe bekanntlich nach eingehender Beratung beschlossen, das Vorgehen der Staatsregierung zu billigen. (Hört, hört! links und in der Mitte). Die Wiedereröffnung Siebens, ist zwar nicht vom Minister selbst, aber in seiner Ver-tretung vom Staatssekretär getroffen worden und nicht von mir. (Hört, hört! links). Wir persönlich war es nach meiner Beamteneinführung eine Freude, für den Lehrer, um den es sich hier handelt, einzutreten. (Beifall links). Es ist das unbestrittene Recht des Unter-richtsministeriums, einen Beamten, der vom Strafgericht freigesprochen ist, daraufhin zu prüfen, ob seine Einstellung erfolgen kann. Siebens hat als Lehrer einer einflussreichen Schule, die über 130 Kinder hat, seit Jahrzehnten so hervorragend gearbeitet, daß er von allen Schülern der alten und der neuen Zeit als Muster hingestellt und gelobt wird. (Lebhafte Zurufe! Hört! links.)

Abg. Gumbert (Dem.) weist die Angriffe des Abg. Stendel entschieden zurück. Die ersten und sachlichen Worte des Ministerialdirektors Kaefer müßten jedem-mann von der Wichtigkeit des Verfahrens im Falle Siebens überzeugen haben. Das Wahlprüfungsgericht sei nach eingehender Verhandlung in wesentlichen Punkten zu einer ganz anderen Auffassung gekommen als das Gericht. Der völksparteiliche Antrag, der offenbar aus wahlpolitischen und persönlichen Gründen ge-stellt sei, müsse abgelehnt werden. (Beifall links.)

Ein Vertreter des Kultusministeriums weist die gegen die Staatsanwaltschaft gerichteten in dieser Sache er-hobenen Vorwürfe als unrichtig zurück.

Abg. Dr. Hoffmann-Walfer (D. V.) stimmt dem völksparteilichen Antrag zu. Das Kultusmini-sterium hätte das Gesetz respektieren müssen und nicht die Weiterbefristung des Siebens verhängen dürfen, ohne die Begnadigung überhaupt vorlag.

Abg. Kuttner (Z.) erklärt, daß das Urteil gegen Siebens nicht so barmherzig sei. Und wirklich habe das Ergebnis der Verhandlungen vor dem Wahl-prüfungsgericht ergeben, daß wesentliche Teile des Ur-teils umgestoßen wurden. Tatsächlich habe der Angriff der Deutschen Volkspartei nicht Herrn Siebens, sondern Herrn Ministerialrat Kaefer getroffen. (Zustimmung links). Die Sozialdemokraten machen solche Manöver nicht mit. Sie bieten es für nötig, Urteile zu revidieren, wie das erst kürzlich ausgepro-chen, das einem Manne, der namenslos als Elend über Tausende deutscher Völksgenossen gebracht hat, noch eine Pension zufließen.

Nach weiterer Besprechung wird die Ueberweisung des völksparteilichen Urtrages an den Unterrichts-ausschuß gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der deutschen Volkspartei und einiger völksparteilicher Abgeordneter. Ebenso fällt gleich darauf unter dem Ge-biet der Linksparteien der Antrag selbst.

Um 6.30 Uhr verläßt sich das Haus auf Freitag 12 Uhr: Wahl eines Vizepräsidenten anstelle des verstorbenen Abg. v. Gumbert, 2. Beratung des Völkspartei-urtrages.

Ein neuer Vizepräsident des Landtages.

• Berlin, 20. Januar (Eig. Draht.).

Die Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat, wie gemeldet wird, als Nachfolger für den verstorbenen Abgeordneten Gumbert den Abgeordneten Dr. Otto Wömer zum dritten Vizepräsidenten des Preussischen Landtages in Vorschlag gebracht. Die Wahl soll am Freitag vorgenommen werden. Otto Wömer gehört zu den besten Mitgliedern des Preussischen Landtages, in welchem er seit 1898 ohne Unterbrechung sitzt. Vor dem Krieg ein führender Mitglied der Reichs- und Landtagsfraktion der völksparteilichen Volkspartei, schloß er sich nach der Revolution der De-mokratischen Partei an. 1920 ging er zur Deutschen Volkspartei über. Vom Januar bis zum Aus-scheiden aus der demokratischen Partei war Wömer un-terbrochen Stabsarzt in Berlin und wurde im September 1920 zum Stadtdirektor von Berlin ernannt.

Der Reichsrat.

• Berlin, 20. Jan. Der Reichsrat hielt am Don-nersdag nachmittag eine Vollsitzung ab. Angenommen wurde ein Gesetzentwurf über ein Abkommen zwischen Deutschland und der belgisch-luxemburgischen Wirtschaftsunion über den kleinen Grenz-verkehr.

In dem Gesetz über Arbeitslosenunter-rückung vom 10. Dezember vorigen Jahres ist eine Bestimmung enthalten, wonach der Reichsarbeitsminister ermächtigt ist, mit Zustimmung des Reichsrats Vor-schläge zu erlassen, wodurch eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitskräfte sichergestellt wird. Der Reichsarbeitsminister hat dem Reichsrat nunmehr eine Verord-nung vorgelegt, wonach der Reichsarbeitsminister be-fähigt wird, die nach dem bürgerlichen Gesetz-buch unterhaltspflichtig sind, auf diejenigen, die die Verordnung die Bedürftigkeitprüfung in manchen Beziehungen. Die Reichsarbeitsminister waren nicht frei von Bedenken, es war ihnen klar, daß vor-ausschlagend durch die Verordnung sehr erhebliche Mehrausgaben für Reich und Länder entstehen würden. Die Reichsregierung gab aber die Erklärung ab: Sofern ein Land nachweist, daß ihnen durch die Veränderung der Arbeitsverhältnisse erhebliche Mehrausgaben entstehen, ist das Reich bereit, diese zu er-legen. Mit Rücksicht auf diese Erklärung wurde die Verordnung angenommen.

Der Reichsrat stimmte weiterhin einer Verordnung über die Erbschaftsteuereinteilung der Ein-gemeinden zu. Durch diese Verordnung wird der bis 1914 geltende Zustand wiederhergestellt, daß wenn Eingemeindungen in Orte einer höheren Orts-schleife erfolgen, der eingemeindete Ort ohne weiteres in die höhere Klasse eingestuft wird. Gehört aber der eingemeindete Ort bereits einer höheren Ortsklasse an, so soll er diese beibehalten.

Deutsches Reich.

Neuregelung der Grund- und Gebäudesteuer in Preußen.

• Berlin, 20. Jan. Das preussische Staatsministerium hat den Entwurf eines Grund- und Gebäudesteuer-gesetzes verabschiedet. Das Gesetz, das an die Stelle des vorläufigen Grund- und Vermögenssteuer-gesetzes tritt, sieht die Einführung des bei der Reichsreform festgestellten Einheitswertes auch für die preussische Grund- und Gebäudesteuer vor. Der Steuerfuß ist einheitlich für landwirtschaftliche, für die übrigen Grundbesitzer auf 3,6 pro Mille des Wertes vorgesehen. Bei Werken unter 10.000 Mark soll sich der Steuerfuß auf 3 pro Mille ermäßigen.

Ablehnung des Mißtrauensantrages gegen die sächsische Regierung.

• Dresden, 20. Jan. Der Landtag lehnte in seiner heutigen Vollsitzung nach Beendigung der Aussprache über die Regierungserklärung den Miß-trauensantrag gegen die Regierung selbst gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten ab, während die Nationalsozialisten den Saal verlassen hatten. Der Antrag auf Auf-lösung des Landtages wurde ebenfalls gegen die abgelehnt. In diesem Falle stimmten die Nationalsozialisten mit den bürgerlichen Parteien und Kommunisten.

g. Vortr.
Mitwoch ab-
führer Wint-
lokalen Lan-
gellen und
Kedner vor
katholisch-lau-
wart mit ih-
ruhe und ih-
Bedeutung zu
beweist auch
rund 6000 W-
Beiträge.
lokalen Lan-
Kred, stimm-
seine in fast
zu vermehrt
Liebe. Ueber
Gerechtigkeit
im wirtschaft-
K. R. W. mi-
an der lathe-
Grundlag der
Selbständigen
Gerechtigkeit
den andern.
müß auch in-
offener Grund-
neinen Richter
höchsten Ziel
zu wenig ge-
samt entschei-
kung für Ge-
der Gemein-
so wäre es in
allen müssen
stücken, das St-
Kraumann'sche
die Kritik, z-
die kleinen R-
und auch den
Grundbesitzer
schlechte Aus-
in der Schul-
sprach der Re-
des Verbands
Von diesem
Sonberbeitrag
Verband nur
Das wird auch
privaten Lebe-
mit warmer
des Redners
Beifall. Nach-
lich gekant hat
in der noch be-
wurden. Der
einen etwas
g. Kaffee
Bogel. Die
dandes der R-
eine Weihnach-
stand die Feie-
schieren waren
sie alle nicht
rad Wiffing, R-
Kleinen. Im
Theaterauffüh-
haltung. Zum
recht anschein-
traten die Re-
den insgemein
8 Uhr, verlat-
klein. Nach 1-
sichende das R-
allein die Ver-
trigerverband
keit gepflegt u-
reichen. Nach
sowie Lichtbild-
feier, die We-
strahlend nach-
gehört zu hat-
1. Schriftführ-
Kameraden) an-
wies insbeson-
zu sorgen, daß
beisammen. An-
lich, wofür ge-
könnte, wenn e-
g. Patronen
St. Antonius-
Patronenfest.
hl. Messe mit
10 Uhr eine v-
n. Stenog-
Bogel (norma-
7.30 Uhr im
Luzius in der
weitere Anmel-
der Geschäfts-
Der Verein hat
Schriftführer
Unterstützt von
wird, ist eine
kurzfristige in
will, möge die
m. Theater
1927, nachmitt-
burg die näch-
des rechten H-
„Das Ringen“
Der Ring der
berzogenen
Bogel über
beglüt am 28.
artenausgaben
aten, Stiertrab-
g. Beifall
vormittag wur-
Barbington be-
bei der Wirtsch-
Während für di-
wurden, brachte
als hundert St-
ion sich zu dem
n. Einkurf
zwischen Lan-
guten, nachher
waren, mit dem
größeren Neuba-
die Fundamente
alten Hauses in
erstmalig mit
Personen sind

Apollo-Theater

Ab heute (Freitag)

Tom Mix

alle seine bisher gezeigten Leistungen in dem neuen
Hauptfilm:



Der König der Gaukler.

Ein Abenteuerroman aus den Schönen Colorado.
6 spannende Akte.
Die in diesem Film gezeigte gewaltige Wasserfatale, die Sprengung der Colorado-Bäume, die vernichtende
Todesfahrt der weißen Combs über die gigantischen
Kiefernflüsse des entseelten Colorado, sind eine einzige
artige Meisterleistung.

Im Sinnesrausch der Völker

9 hochinteressante spannende Akte.
Das menschlich wahrste und packendste Drama für
lange Zeit.

Das tolle Lustspiel:

Farmer wider Willen.

2 Akte.

Zentralverband der Arbeitnehmer
öffentlicher Betriebe und B. waltungen.

Diszgruppe Bocholt.
Samstag, den 22. Januar, abends 8 Uhr,
in der Wirtschaft Herzog, Münsterstraße.

**ordentliche
Generalversammlung**

Tagesordnung:
1. Jahres- und Kassenbericht.
2. Vorstandsbericht.
3. Bericht des Kollegen Girard, Mün-
ster: Kassenbericht.
4. Bericht des
Ergebnis aller Kollegen wünscht
Der Vorstand.

Krieger- und Schützenverein Mussum

Am Sonntag, den 23. Januar 1927, nach-
mittags 4.30 Uhr, bei Gelling.

**Genera lver ammlung
des Kriegervereins Mussum.**

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Festlegung des Jahresbeitrags.
4. Winterfest.
5. Verchiedenes.

Im Anschluß an diese Versammlung fin-
det eine Versammlung des Mussumer
Schützenvereins statt. Tagesordnung wird
im Saal bekannt gegeben.
Die Vorstände beider Vereine.

**St. Antonius-
Schützen-Verein**

Am Sonntag, den
23. Januar

Palronfest

Morgens punkt
8.30 Uhr Abmarsch
vom Vereinslokal
zur Liebfrauentirche,
um 9 Uhr hl. Messe
mit Kerzen-Opfe-
rung. Nach Rück-
kehr um 10 Uhr wichtige
Mitglieder-
Versammlung
mit Aufnahme.
Am Nachmittag
wird dringend ge-
beten.
Der Vorstand.

**Wer verkauft
Grundbesitz**

einerlei welcher Art,
Stadt, ob. ländl. Ge-
biet, ob. Landwirt-
schaft, Versteige-
bote an
P. Mele, Bremen,
Welfenstr. 39.

Restetage!

Große Posten Mantel- und Kleiderstoff-

RESTE

zu besonders billigen Preisen.

Jeder Rest wird auf Wunsch aus dem Schaufenster genommen.

Wilh. Huisinkveld
Nordstr. 41.

**Athletik-Sport-
Vereinigung 1894**

Samstag, 22. Jan.,
abends 7 Uhr, im
Vereinslokal, zum
großen Ausflügen

**Mitglieder-
Versammlung**

mit Damen.
Tagesordnung
sehr wichtig.
Um vollständiges
Erscheinen bitten
Der Vorstand.

**Hypotheken
Bauspar-
und Betriebs-
Kapitalien**

erhalten Sie schnell
und zu günstigen Be-
dingungen durch
Johann Teller,
Königsstr. 34,
Telefon 79.

Reste

und

Abschnitte

außergewöhnlich
billig.

WARENHAUS A. WEYL

**Gut essen
und gut trinken**



für wenig Geld ist einfach,
wenn Sie Ihre Lebensmittel
bei Herrn Hill kaufen.
Sehen Sie, wie billig die
Preise sind.

Margarine p Pfd. von 49 Pl. an
Mehle Hausmarken, lose,
p r Pfd. nur 60 Pl.
Hills Prima per Pfd. nur 70 Pl.

Schmalz rein, p. Pfd. 75, 80 Pl.
Corrosion in Tafeln, Pfd. nur 60 Pl.
Speck, geräuchert,
dicke Ware, Pfd. nur 135 Pl.
Helles Salzöl, lose, p. Ltr. nur 88 Pl.

Pöckwurst schnittfest,
per Pfd. 35 Pl.
do, Pfd. 20, 20 und 170 Pl.
Feinste Cervelatwurst Pfd. 230 Pl.
Kochmehlurst Pfd. 70 Pl.

Feinste Molkerei-Butter
in Paketen per Pfd. nur 215 Pl.

Brot-Pulver
Apfelkuchen, lose, Pfd. nur 42 Pl.
Apfel- und Himbeergelee 55 Pl.
Rühnkraut Pfd. nur 75 Pl.
Delftfrucht-Marmelade 45 Pl.

Apfelsinen 10 Stück 50 Pl.
2 Stück 15 und 25 Pl.
1 Stück 8 und 10 Pl.

Hill's Kaffee stets frisch u.
reife, aus eigener Groß-Rösterei
Sorte 1 Viertelpfund nur Mk. 1.75
Sorte 2 Viertelpfund nur Mk. 0.95
Sorte 3 Viertelpfund nur Mk. 0.45

Mischobst Pfd. nur 80 Pl.
Aprikosen Pfd. nur 140 Pl.
Pflaumen Pfd. von 33 Pl. an
verpackte Birnen Pfd. nur 55 Pl.
Anfänger Pfd. 85 Pl.

Marinaden
Bratlinge 1/2 Ltr.-Dose nur M. 0.75
Gelenkerlinge 1/2 Ltr.-Dose M. 1.85
Hemerkerlinge 1/2 Ltr.-Dose M. 0.85
Rollmöpse 1/2 Ltr.-Dose nur M. 0.85
ra-ra-mops 1/2 Ltr.-Dose M. 1.0

la. Herlinge
12 Stück nur 55 Pfennig.

**Für die kalte
Jahreszeit!**

la. reiner Blondenholz Glas 14 Pl.
la. Kanne, braun per Pfd. 57 Pl.
do. weiß per Pfd. 54 Pl.
la. schwarzer Tee 1/2 Pfd. 10 Pl.
do. la. P. keten zu 7 85 u. 95 Pl.

Obst- und Gemüse-Konserven
in großer Auswahl zu billigen
Preisen.

Apfel P und 25 Pl.
la. Tafelapfel P und 45 Pl.

Heinr. Hill, Bocholt,

Telefon 134,

Rhede, Borken, Isselburg.

Zentralverband christl. Textilarbeiter

Diszgruppe Bocholt.
Am Sonntag, den 23. Januar, morgens
11.15 Uhr, findet im Saal des Arbeiter-
vereins St. Paulus unsere diesjährige

Generalversammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Vorstandsbericht.
4. Bericht (Thema: Die Lohn- und Ar-
beitszeitregelungen in der Textilin-
dustrie. Redner: Koller, Joh. Böing,
Dülferdorf, früher Bocholt.)

Zu zahlreichem Besuch laden freundlichst
ein

Der Vorstand.

Theater-Verein Barlo

Am Sonntag, den 23. und
Sonntag, den 30. Januar, nachm.
5 Uhr, werden im Wiflingischen
Saal aufgeführt:

**1. Der ergreifende Verräter:
Mutterliebe**

**2. Der drohende Einakter:
Schul erfindet einen
Automaten**

**3. Der Schwank:
Kante als Nothelfer**

Wer einige freie Stunden ver-
bringen und seine Nachbarn in
Bewegung setzen will, der komme
zeitig an den genannten Tagen
gegen 4.30 Uhr zur Kasse und er-
werbe sich für 80 Pfennig einen
Platz.

Die Spieler.

Hausfrauen!

Freitag und Samstag
nachmittag von 3-7 Uhr
kostenlose Vorführung der
**Strumpf-Schnell-
Reparatur**

ohne Nadel, ohne Faden.

Verblüffend einfach, sauber
und haltbar.

Jacob Goebbels
Bocholt, Markt 6.

Zentrumsversammlung

in Biemenhorst
Sonntag, den 23. Januar, nach-
mittags 3 Uhr

in der Schule.

Redner: Herr Parteisekretär van Dillen.
Die erkrankte Person
die am Sonntag, den
16. Januar, in der
Wirtschaft Vol. Geun-
ing in Sport mei-
nen ist neuen

Manege-
Heberzieher
an sich genommen
hat, wird gebeten,
denselben bis spä-
testens Sonntag, den
23. Januar, in der
oben genannten
Wirtschaft zurückzu-
geben, andernfalls
Anzeige erstattet
wird.

Ordentliches w. ächten
findet

Kost u. Logis

Nach. Geschäftsst.

Verkauf Samstag morgen 8.30 Uhr
bei Overbeek am Güterbahnhof

50 bis 60

Oldenburger Schweine

Dietr. Kroezeemann,
Spellen

Telefon Amt Boerde 42.

**Für leichtverfügbare Artikel
der Elektrotechnik**
(von 10 Angeboten durchschnittlich 7 erzie-
reich), geeignete

Damen u. Herren

gegen wöchentlich zahlbare Provision gesucht.
Da es sich um einen weit über dem Durch-
schnitt liegenden Gebrauchsgüterhandel,
ist gute Existenz gewährleistet.
Eingehende Angebote unter Mitteilung
der bisherigen Tätigkeit unter C. 388 an
diese Zeitung erbeten.

Möbel- und Konfektionsreparatur
sucht für den Bocholter Bezirk tüchtigen
bei hoher Provision.

Vertreter(in)

Off. unter C. 388 an die Geschäftsstelle.

Freitag u. Samstag
ist von einer Schwe-
ren, seltenen Kuh

Fleisch

zu 30 Pf. pro Pfund
zu haben bei
Hermann Hüning,
Müllumer Kirchweg,
Telefon 205.

**Einige
taugend Pfund**

Stroh

zu verkaufen,
Wilhelm Teppe,
Stentern.

**Eine hochtragende
Kuh**

zu verkaufen,
J. Vanger,
Haus Kortenhorn
Stentern.

**Möbliertes
Schlafzimmer**

entf. mit Kojen-
mer, mit oder ohne
Bettst. zu ver-
mieten.
Näher in der Ge-
schäftsstelle.

Große Tischeauslage:

Handtuch

-Gebilde zu ungewöhnlich nie-
drigen Preisen. In jedem Haus
halt ist ständig Bedarf an Hand-
tüchern. Wenn sich eine derartig
günstige Gelegenheit bietet, so
kann es für Sie nur heißen

zugreifen!

Einige Beispiele:

- Gerstkorn-Gebild**, ha. h. w. 32 Pl.
mit rotem Rand, 45 cm breit, 1 Meter
- Gerstkorn**, weiße, kräftige Ware, 39 Pl.
Waschtuch, rot kariert, ca. 48 cm, 1 Mtr.
- Gerstkorn-Handtuch**, weiß oder 48 Pl.
kariert, griffige Ware, 55 cm breit, 1 Mtr.
- Halbl. Gerstkorn**, gestreift, 78 Pl.
Prima Drell, 58 cm breit, 1 Meter
- Gerstkorn**, weiß und verschleierte 98 Pl.
an-ere ersklassig, Qualitäten, 1 Meter

Feinste Bielefelder und schlesische
halb. u. reini. Drell- u. Damast
Gebilde für Ausstattungen enorm billi

Etwas ganz Besonderes:

Rester — Handtücher

— das sind solche, die nicht mehr in
vollen Dutzend am Lager sind — alle
100 cm lang, teils gesäumt u. gebündelt

Ser. I 50 Pl. Ser. II 75 Pl.
Stück Stück

Frotter-Handtücher

eine bekannte Spezialität meines Hauses

45x100 60x100 80x100
Stk. 0.98 Stk. 1.45 Stk. 2.2!

S. B. LOWENSTEIN

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**

**Arbeitsblatt des
Städtischen Hoch-**